

Kenneth Roth  
*Executive Director*

**DEUTSCHLAND-BÜRO**

Poststraße 4-5  
10178 Berlin  
Tel.: +49-30-2593060  
Fax: +49-30-25930629  
berlin@hrw.org  
www.hrw.org/german

Marianne Heuwagen  
*Direktorin*  
Lynn Schweisfurth  
*Development & Outreach*

**DEUTSCHLAND-KOMITEE  
EHRENMITGLIEDER**

Hildegard Hamm-Brücher  
Jutta Limbach  
Ernest Ulrich

**SEKTION BERLIN**

Marie Warburg  
*Vorsitzende*  
Susanne Grieshaber  
*stellvertretende Vorsitzende*  
Tina Löffelsend  
Sibylle Osten  
Signe Rossbach  
Reiner Sahn  
Bernhard Schlink  
Frieder Schnock  
Detlef Graf Schwerin  
Kerrin Gräfin Schwein  
Friederike von Stackelberg  
Renata Stih  
Angelika Strittmatter

**SEKTION HAMBURG**

Erwin Jurtschitsch  
Stephanie von Bismarck  
*Vorsitzende*  
Gottfried von Bismarck  
Nikolaus Broschek  
Regine Dee  
Nikolaus Hansen  
Julika Rollin  
Ulrich Wickert

**SEKTION MÜNCHEN**

Marina Kayser-Eichberg  
*Vorsitzende*  
Karin Felix  
Patrizia Fernandez-Leeb  
Daniela Kayser-Eichberg  
Nina Klunker  
Harald Kosch  
Christoph Schwingenstein  
Arthur L. Sellier

**SPENDENKONTO**

Commerzbank-Frankfurt/M  
Kontonummer 602929200  
Bankleitzahl 500 400 00

28. Februar 2008

An den  
Bundesminister für Verteidigung  
Herrn Dr. Franz Josef Jung  
Stauffenbergstrasse 18  
10785 Berlin

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

Human Rights Watch ist sehr besorgt über die jüngsten Berichte, auch auf der Webseite der Bundeswehr, dass deutsche Soldaten beratend daran beteiligt sein sollen, 16-jährige Rekruten für die afghanische Armee auszubilden. Die Rekrutierung von Kindern in diesem Alter verletzt sowohl afghanisches als auch internationales Recht. Zudem widerspricht dies der Verpflichtung Deutschlands, den Einsatz von Kindersoldaten weltweit zu beenden.

Human Rights Watch unterstützt Deutschlands Engagement in Afghanistan. Zugleich fordern wir jedoch die Bundeswehr dazu auf, umgehend Schritte einzuleiten, damit sich deutsche Truppen in Afghanistan nicht an der militärischen Ausbildung von minderjährigen Rekruten beteiligen oder dabei beratend zur Seite stehen. Deutschland soll gegenüber der afghanischen Regierung deutlich machen, dass eine Beteiligung an der militärischen Ausbildung der Armee nur dann fortgesetzt werden kann, wenn Afghanistan internationales Recht zum Verbot des Einsatzes von Kindersoldaten achtet.

Im Jahr 2003 wurde durch einen Präsidialerlass für die Rekrutierung in das afghanische Militär das Mindestalter von 22 Jahren festgelegt. Im selben Jahr ratifizierte Afghanistan das Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend der Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten. Dabei hat das Land noch einmal bekräftigt, keine Personen für die Armee zu rekrutieren, die jünger als 22 Jahre alt sind. Zudem soll die Rekrutierung auf freiwilliger Basis stattfinden. Deutschland ratifizierte dieses Fakultativprotokoll im Jahr 2004. Das Protokoll verbietet den Einsatz von Kindersoldaten unter 18 Jahren in bewaffneten Konflikten. Im Rahmen der Ratifizierung machte Deutschland einen Vorbehalt geltend, wonach 17-jährige Freiwillige in der deutschen Armee zugelassen werden, wenn sie nur für Ausbildungszwecke verpflichtet werden.

Deutschland stand lange Zeit an vorderster Front der internationalen Bemühungen, um den Einsatz von Kindersoldaten zu beenden. Im Jahr 1999 richtete die Bundesregierung eine Europäische Konferenz zur Beendigung des Einsatzes von Kindersoldaten aus, an der 29 Regierungsvertreter teilnahmen. Die Konferenz hat wesentlich dazu beigetragen, dass die Vereinten Nationen im folgenden Jahr das Fakultativprotokoll verabschiedeten. Dadurch wurde ein wirkungsvoller internationaler Vertrag gegen die Rekrutierung und den Einsatz von Kindersoldaten durch nationale Armeen und nichtstaatliche bewaffnete Gruppen geschaffen.

Als Mitglied des UN-Sicherheitsrates (2003-2004) und in anderen Foren ist Deutschland ein offener Befürworter für wirkungsvolle UN-Maßnahmen gewesen, um die Einhaltung dieser internationalen Standards zu gewährleisten. Gezielte Aktionen gegen Regierungen und bewaffnete Gruppen, die die Beendigung des Einsatzes von Kindersoldaten nicht unterstützen, wurden ebenso befürwortet wie Ermittlungen gegen Verantwortliche und deren strafrechtliche Verfolgung.

Deutschlands Beteiligung an der Ausbildung minderjähriger Soldaten in Afghanistan widerspricht früheren Bemühungen, das Elend der Kindersoldaten zu beenden. Wir fordern die Bundesregierung auf, das Thema umgehend anzugehen. Jegliche Unterstützung von Militäreinheiten, die Kindersoldaten rekrutieren, muss beendet werden. Zudem muss in Gesprächen mit der afghanischen Regierung auf höchster Ebene sichergestellt werden, dass Afghanistan sofortige Schritte unternimmt, um seine rechtlichen Verpflichtungen einzuhalten.

Darüber hinaus sollte Deutschland eine offizielle Vereinbarung mit der afghanischen Regierung abschließen, in der Deutschlands zukünftiges Engagement bei der Beratung der militärischen Ausbildung thematisiert wird. Darin soll sich die afghanische Regierung auch dazu verpflichten, Gesetze über das Mindestalter von Rekruten zu achten, und Mechanismen benennen, wie die Umsetzung der Gesetze überwacht werden kann. Auch wenn das Alter der Rekruten mit den üblichen Verfahren nicht immer eindeutig bestimmt werden kann, so gibt es doch andere Maßnahmen, um die Rekrutierung von Minderjährigen für militärisches Training zu verhindern. Human Rights Watch fordert die Bundeswehr auf, Schutzmaßnahmen in ihre Ausbildungsprogramme zu integrieren.

Für die internationale Gemeinschaft ist es eine der wichtigsten Aufgaben, den afghanischen Staat dabei zu unterstützen, eine professionelle und kompetente Armee aufzubauen. Seit 2002 ist Deutschlands Beitrag in diesem Bereich bedeutsam. Alle Unterstützungsmaßnahmen müssen jedoch sowohl internationale Standards als auch afghanische Gesetze achten, durch die die Rekrutierung von Kindersoldaten verhindert wird.

Wir sind davon überzeugt, dass die Bundesregierung umgehend handeln wird, um den Einsatz von Kindersoldaten in Afghanistan zu beenden.

Mit freundlichen Grüßen



Marianne Heuwagen  
Direktorin  
Deutschland-Büro  
Human Rights Watch



Jo Becker  
Advocacy Director  
Kinderrechtsabteilung  
Human Rights Watch

Cc: Dr. Frank-Walter Steinmeier, Bundesminister des Auswärtigen  
Thomas Matussek, Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen